

Rede

Kiel, 06.10.2010

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## **Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2009/2010**

Der diesjährige Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2009/2010 macht deutlich, dass wir uns mitten im demographischen Wandel befinden und die Schülerzahlen besonders an den allgemein bildenden Schulen kontinuierlich zurückgehen. In diesem Jahr gab es einen Rückgang um 6.300 Schülerinnen und Schüler, so dass aktuell noch 311.000 Schülerinnen und Schüler die allgemein bildenden Schulen besuchen.

Der Landesrechnungshof geht davon aus, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis 2020 um 25% reduziert ist. Mittelfristig stellt sich hier also die Frage, wie wir bildungspolitisch mit solchen Herausforderungen umgehen. Kleinere Schulstandorte werden wohl immer schwieriger zu halten. Für den SSW steht aber trotzdem fest, dass der Satz „kurze Beine - kurze Wege“ nach wie vor gilt. Die Streichung der Schülerbeförderungskosten und die geplante Zusammenlegung der Gemeinschafts- und Regionalschulen, sind aber ganz bestimmt nicht die richtigen Antworten auf den demographischen Wandel. Vielmehr muss es darum gehen, dezentral und flächendeckend alle Angebote in einem ausreichenden Maße vorzuhalten, so dass alle Kinder die Bildung bekommen, die ihnen zusteht. Aus Sicht des SSW wäre hier die richtige Lösung, flächendeckend Gemeinschaftsschulen mit Oberstufenzentren einzurichten.

Die beruflichen Schulen können sich über die Auswirkungen des demographischen Wandels derzeit nicht beklagen. Mit einem Plus von 1.900, gehen hier noch einmal 300 Schülerinnen und Schüler mehr als im letzten



Jahr zur Schule. Der SSW sieht allerdings kritisch, dass gerade die berufsvorbereitenden Maßnahmen einen hohen Anstieg haben. Im Umkehrschluss heißt dies eben auch, dass die entsprechenden Personen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die Schülerzahlen an den Beruflichen Gymnasien steigen seit Jahren. Allerdings ist hier ein altes Problem, dass nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Da gerade an den Beruflichen Gymnasien viele Schüler einen Weg zum Abitur suchen, die eben keine gradlinige Bildungsbiographie haben, ist es aus unserer Sicht aber wichtig, gerade hier für ausreichend Chancen zu sorgen. Zwei- bis dreimal so viele Bewerber wie vorhandenen Plätze - dies spricht eigentlich eine unmissverständliche Sprache und erfordert auch unmissverständliche Reaktionen.

Weiterhin gibt der vorliegende Bericht Auskunft über die erteilten bzw. nicht erteilten Unterrichtsstunden. Hier ist generell eine sinkende Tendenz zu erkennen, so dass dies erst einmal positiv zu sehen ist. Darüber hinaus machen die Zahlen aber auch deutlich, dass der Unterrichtsausfall an allen Schulen, außer den Grund- und Hauptschulen, in diesem Schuljahr gestiegen ist. Im letzten Jahr waren die Ausfälle vor allem auf Krankheiten zurückzuführen, in diesem Jahr auf den harten Winter. Dies sind Gründe, die von politischer Seite nicht so einfach zu beheben sind. Wir begrüßen daher, dass der Vertretungsfonds stabil bleibt und nicht auch noch gekürzt wird. Außerdem sehen wir die Bemühungen positiv, die Altersstrukturen der Lehrerschaft zu durchmischen, weil dann die einzelnen Lehrkräfte aus den vorhandenen Erfahrungen profitieren und ihr Handlungsspektrum erweitern können. Insbesondere an den Gemeinschaftsschulen und den berufsbildenden Schulen sind jeweils 17-22% der Lehrkräfte zwischen 50-59 Jahren - hier müssen in den nächsten Jahren noch bedarfsgerechte Antworten auf die Pensionierungen gefunden werden. Generell ist zum Thema Unterrichtsausfall aus unserer Sicht außerdem zu sagen, dass natürlich jede Stunde, die nicht gegeben wird, eine Stunde zu viel ist. Wir würden uns daher sehr darüber freuen, wenn wir in naher Zukunft nicht mehr darüber debattieren, welche Stunden nicht unterrichtet wurden, sondern welche Inhalte eigentlich unterrichtet wurden.

Als letzten Punkt möchte der SSW ganz ausdrücklich begrüßen, dass der vorliegende Bericht die Tendenz bestätigt, dass immer mehr Kinder mit Förderbedarf inklusiv an den Regelschulen unterrichtet werden. Schleswig-Holstein hat hier bereits eine Vorreiterrolle, so dass erstaunlich ist, dass die inklusive Bildung nicht expliziter im neuen Schulgesetzentwurf genannt wird. Dies ändert jedoch nichts daran, dass Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg ist, dass es Förderzentren mit Unterricht und als Schulen ohne Schüler gibt.

Zusammenfassend gibt der jährliche Bericht zur Unterrichtssituation interessante Entwicklungen der Schulentwicklung wieder. Deutlich muss hier



aber auch sein, dass es jetzt nicht nur auf die Statistiken ankommt, sondern welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen. Hier sind wir auf die Antworten der Landesregierung gespannt.